

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abonnementspreis: Bei der Post und den Agenten beträgt im Monat Juni Mark 16.—, die Wochenzeitung 5 Mk., die Wochenzeitung 6 Mk., Einzelhefte 10 Pf. Anzeigenpreis: Die tägliche Zeile ober dem Raum 2.— Mk., die Wochenzeile 6 Mk., Einzelhefte 10 Pf. Bei Abbestellungen nachh. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt anzuwenden.

Nr. 150.

Altensteig, Freitag den 30. Juni.

Jahrgang 1922.

Heute

Es ist noch Zeit, bei unseren Abnehmern und bei der Post die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ für das neue Vierteljahr zu bestellen.

Eine weitere Ausnahmebestimmung zum Schutze der Republik.

W.E. Berlin, 29. Juni. Das Ergebnis der Untersuchung gegen die Mörder Rathenaus und ihrer Hintermänner hat gezeigt, daß es sich auch diesmal wieder um Mitglieder der sogenannten Organisation C. handelt. Die Reichsregierung sah sich infolgedessen im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten in die Notwendigkeit versetzt, im Interesse der Sicherheit des Staates und der wirksamen Fortführung der Untersuchung zu sofortigen Maßnahmen zu greifen, ohne die geplante gesetzliche Regelung zum Schutze der Republik abzuwarten. Es wird deswegen der auf Grund des Artikels 48 der Verfassung erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten eine Ergänzung hinzugefügt werden, welche alle Teilnehmer und Mitwisser solcher Organisationen trifft. Weitere Zusätze stellen unter Strafe Verleumdung und öffentliche Beschimpfung der Opfer von Gewalttaten, die Unterstützung von Geheimorganisationen mit Geldmitteln und ermöglichen das Verbot von periodischen Druckschriften, die sich einer zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gehörenden Handlung schuldig machen. Der Text der ergänzenden Verordnung wird gleichzeitig bekannt gegeben.

2. Verordnung zum Schutze der Republik vom 29. Juni 1922.

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reichs wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

Artikel 1. Personen, die an einer Vereinigung teilnehmen, von der sie wissen, daß es zu ihren Zielen gehört, Mitglieder einer im Amt befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes durch den Tod zu beseitigen, werden mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

Ebenso werden bestraft Personen, die eine solche Vereinigung wissenschaftlich mit Geld unterstützen.

Dritte Personen, die um das Dasein einer solchen Vereinigung wissen, werden mit Zuchthaus bestraft, wenn sie es unterlassen, von dem Bestehen der Vereinigung, den ihnen bekannten Mitgliedern oder deren Verbleib den Behörden oder der durch das Verbrechen bedrohten Personen unverzüglich Kenntnis zu geben.

Zuständig ist der auf Grund der Verordnung vom 26. Juni 1922 (Reichsgesetzblatt I Seite 521) gebildete Staatsgerichtshof.

Artikel 2. Die Verordnung zur ... der Republik vom 26. Juni 1922 (Reichsgesetzblatt I Seite 521) wird dahin ergänzt und abgeändert:

1. § 5 Nummer 1 erhält zum ... Zusatz: „oder wer die toten Opfer ... verleumdet oder öffentlich beschimpft.“

2. § 5 Nr. 5 erhält am Schluß folgenden Zusatz: „oder wer eine solche Verbindung mit Geld unterstützt.“

3. § 7 Absatz 1 Nr. 2 erhält die Fassung: „Für die in § 5 bezeichneten Vergehen.“

Artikel 3. Wird durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift die Strafbarkeit einer zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gehörenden Handlung begründet, so kann die periodische Druckschrift, wenn es sich um eine Tageszeitung handelt, bis auf die Dauer von 4 Wochen, in anderen Fällen bis auf die Dauer von 6 Monaten verboten werden.

Die §§ 2, 3 und 10 der Verordnung vom 26. Juni 1922 finden entsprechende Anwendung.

Artikel 4. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29. Juni 1922.
Der Reichspräsident: Ebert. Der Reichskanzler: Dr. Brüning.
Der Reichsminister des Innern: Dr. Brüning.
Der Reichsminister der Justiz: Dr. Brüning.

Die Sorgen des Völkerbundes.

Die Konferenz von Genua hat dem Völkerbund die Durchführung verschiedener Beschlüsse auf finanziellen und wirtschaftlichem Gebiet übertragen, worauf die Genfer Finanz- und Wirtschaftsausschüsse, die in den letzten Wochen tagten, eine Fülle von Aktenstücken sammelten, Sachverständige ernannten und Unterausschüsse einsetzten. Da es sich, so vor allem bei der Frage der Kapitalflucht und der Doppelbesteuerung, um Angelegenheiten handelt, die eine internationale Bedeutung gewinnen können, möchte man hoffen, daß es diesmal nicht bei diesen Vorarbeiten bleibt, sondern bald wirkliche Ergebnisse verzeichnet werden. Diese Finanzaufgaben, über die das Völkerbundsekretariat viele Mitteilungen ausgab, sind indessen nicht die einzigen, die gegenwärtig den Genfer Büreaus Beschwern machen. Denn der Völkerbund hat bereits seine eigenen Finanzsorgen, und wenn er sich über sie auch nicht äußert und ihnen keine Veröffentlichungen widmet, so sind sie deshalb nicht minder interessant. Und da sie einmal mit der allgemeinen Wirtschaftslage zusammenhängen, dann aber auch die Zukunft des Völkerbundes selbst betreffen, hat die Öffentlichkeit wohl ein Anrecht darauf, auch über diese Finanzsorgen Näheres zu erfahren.

Zwei Tatsachen beherrschen gegenwärtig die Finanzlage des Völkerbundes, die sich scharf miteinander vertragen, und die beweisen, daß diese zwischenstaatliche Organisation an denselben Leiden krankt wie die Staaten, deren Gebrochen sie heilen möchte: es geht zu wenig Geld ein und es wird zu viel Geld ausgegeben. Damit erwachsen Gefahren, die für den Völkerbund, da er keine Banknotendrücke besitzt und nur von den Beiträgen der Mitgliedsstaaten lebt, von ernstester Bedeutung werden müßten, wenn sie nicht rechtzeitig gelöst werden können. Der von der letzten Völkerbundversammlung eingesetzte Prüfungsausschuss, dem die Vertreter Frankreichs, Hollands, Neuseelands, der Tschechoslowakei und Chiles angehören, und die unter dem Vorsitz des französischen Vertreters Roblemaire Ende Mai in Genf tagte, zerbrach sich daher in zwölf arbeitsreichen Sitzungen die Köpfe, prüfte aufs sorgfältigste die Bücher des Generalsekretariats und des internationalen Arbeitsamtes, nahm Posten für Posten den Haushaltsplan dieser Einrichtungen und des neuen Ständigen Gerichtshofes für das Rechnungsjahr 1923 unter die Lupe und legte schließlich das Ergebnis seiner Prüfungen und Überlegungen in einer Reihe von Vorschlägen nieder, über die im Herbst auch die Versammlung noch zu befinden haben wird.

Welche Heilmittel fanden die fünf Ärzte? Was die allzu großen Ausgaben des Völkerbundes betrifft, so machten sie, und zwar vor allem auf Grund der lebhaften Kritik, die der holländische Vertreter übte, anerkenntniswerte Anstrengungen, um die übertriebenen Kosten, die für das Jahr 1922 bereits 25248 190 Goldfranken betragen hatten, wenigstens für 1923 herabzusetzen. Dabei kam es an einigen Stellen zu recht scharfen Abstrichen, die zu denken geben. Was soll man davon halten, wenn beispielsweise im Jahre 1923 allein 100 000 Schweizer- oder Goldfranken — das ist heute dasselbe — erspart werden können durch bloße Herabsetzung der Ausgaben für die Völkerbundversammlung, die Natistagungen und die Reisekosten der Völkerbundangehörigen? Warf man vorher das Geld zum Fenster hinaus? Oder waren die früheren Ausgaben notwendig, und wird nun der Völkerbund ein bescheideneres Dasein fristen müssen? Man braucht die letztere Befürchtung kaum zu hegen, da die nächste Völkerbundversammlung — wenn es nur an den Goldfranken läge — auch mit den bewilligten 6680 000 Franken bessere Arbeit für die Menschheit leisten könnte als die letzte Versammlung mit ihren 730 000 Franken. Auch wird sicher die sprachwörtliche englische Sauberkeit, die im Generalsekretariat herrscht, weit darunter leiden, daß die Mitarbeiter 2000 Franken weniger verdienen sollen als vorgesehen und auch die Völkerbundautos werden, nachdem für ihre Instandhaltung ebenfalls etwa 200 000 Franken gestrichelt wurden, immer noch schneller vorwärts kommen als die armenische Frage oder der polnisch-litauische Konflikt. ... Einen peinlichen Eindruck macht es dagegen, daß ein guter Teil der Sparmaßnahmen auf Kosten des kleinen Personals ergriffen wurde, dessen Zahl verringert wird, und daß sogar der unentgeltliche Radmittagsbesuch, der bisher in den Büreaus herumgerichtet wurde und der den liebenwürdigen Schreibfräulein aller Nationen

wohl zu gönnen war, aus den Hallen des Völkerbundes verschwinden soll! Derartige kleine Ersparnisse wirken außerdem tömisch, wenn man weiß, daß der Prüfungsausschuss an höchst unnötige und kostspielige Ausgaben auf andern Gebieten nicht heranzutreten magte.

Sehr viel schwieriger und unendlich heikler als die Regelung der Ausgaben war für die fünf Prüfer die Regelung der Einnahmen des Völkerbundes. Sie ist bisher nicht gelungen, und es fragt sich, ob sie gelingen kann. Wie man weiß, werden die Ausgaben des Völkerbundes durch die Mitglieder bestritten, die je nach ihrer Bedeutung und Größe Jahresbeiträge zu entrichten haben, die sich nach den Ausgaben des Völkerbundes bemessen. Ja, so fragt man sich da, wie kann dann der Völkerbund überhaupt in finanzielle Schwierigkeiten geraten? Und die Antwort muß lauten: weil eine beträchtliche Zahl von Mitgliedsstaaten ihre früheren Beiträge noch nicht gezahlt hat und auch keine Anstalten macht, für die Vergangenheit und die Zukunft zu zahlen! So ist im abgelaufenen Rechnungsjahr ein Viertel der Gesamtbeitragssumme nicht eingezahlt worden. Und da ein großer Teil der Beiträge von den finanzstarken Großmächten zu entrichten ist, und auch entrichtet wurde, bedeutet dieser Fehlbetrag also eine nicht unbedeutende Zahl saumseliger Staaten. Außerdem stehen noch zahlreiche Beiträge aus den früheren Jahren aus, so daß, wie der Ausschuss feststellen mußte, die Finanzlage des Völkerbundes ziemlich schwierig geworden ist. Das Geld wird immer dringender gebraucht, aber wie soll man es eintreiben? Einige kleine Angehörige an die Lust setzen, um die Ausgaben zu verringern, das ist nicht schwer. Schwerer ist es, säumige Regierungen an ihre Pflicht zu erinnern. Bei einigen Staaten sind zweifellos wirtschaftliche Schwierigkeiten, vor allem Salutzorgen, maßgebend. Bei andern sprechen aber offenbar auch politische Gründe mit. Und hier und da ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß die Zahlungsverweigerung einfach den Austritt vorbereitet. Auf jeden Fall befürchteten die Mitglieder des Finanzausschusses, daß bei strenger Mahnung der Saumseligen leicht Austritte aus dem Bund erfolgen könnten, und so wurden nach langen und lebhaften Aussprachen beschlossen, in allen Fällen sehr vorichtig und äußerst sanftmütig vorzugehen, die Schuldner vorläufig nicht zu mahnen, und nicht das Geringste zu unternehmen, was ihre Empfindlichkeit verletzen könnte! Immerhin wurden einige sanfte Druckmittel in Erwägung gezogen und schließlich auch sehr geheimnisvolle Pläne ausgearbeitet, über die im Herbst aber noch weiter beraten werden soll. Viel Erfolg scheint man sich aber nicht davon zu versprechen. Tatsächlich handelt es sich um eine Krise, der mit gutem Zureden nicht abzuhelfen ist und für die es energische Mittel nicht gibt. Viele Staaten finden eben, daß ihr Beitrag zu hoch ist im Vergleich zu dem Nutzen, den sie aus dem Völkerbund ziehen, im Vergleich zu seinen Leistungen überhaupt und auch im Vergleich zu ihren sonstigen Ausgaben. Und selbst in gewissen Ländern, die nicht zu den schlechten Zahlern gehören, wird es den Regierungen immer schwerer, die Beiträge an den Bund vor ihren Parlamenten oder der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen, so in einzelnen britischen Dominionen. Andere, wie Italien, finden, daß sie für den Völkerbund nach dem Stand der heutigen Saluta mehr zahlen müssen, als für ihren gesamten auswärtigen Dienst, der immerhin nützlicher ist.

In Völkerbundkreisen ist man über diese „Kleinigkeit“ denkbar entrüstet und weist darauf hin, daß die Rationen Unsummen für Vanzerschiffe und Festungen ausgehen, während sie zögern um zu zahlen, wenn es gilt, einen ganz geringen Bruchteil der Ausgaben für die Erhaltung des Friedens anzuwenden. Diese Auffassung läßt sich wohl hören, aber es darf eben nicht vergessen werden, daß der Glaube an den Völkerbund als Friedenswerkzeug überall im Schwanken begriffen ist. Man kann das in der Schweiz und selbst in Genf, wo die Begeisterung für den Bund doch am stärksten war, alltäglich beobachten. Man macht sich lustig darüber, daß seine Hauptaufgaben die Bekämpfung des Drogenmisses und des Mädchenhandels usw. geworden sind. Kürzlich in der Straßenszene, lagte neben mir eine einfache Frau, die ihre Zeitung las, hell auf. Auf meinen fragenden Blick sagte sie: „Na, es ist ja auch so tömisch! Ich lese da, daß ein Ausschuss des Völkerbundes die Schaffung einer internationalen Kobaltzweig für Automobilfahrer empfiehlt. ... Ich bitte Sie! Und diese Maschine ist doch gegründet worden, um den Krieg zu verhindern! Um die Völker zu verfühnen!“

Die finanzielle Krise des Völkerbundes ist nur eine Folge der moralischen Krise, die ihn erschüttert; die finanzielle Schwierigkeit ist nur eine Seite der politischen. Erfüllt der Völkerbund seine Aufgaben? Oder verzettelt er sich, in der Unmöglichkeit, seine wirklichen Ziele zu erreichen, nur in zweifellos nützlichen, aber nebensächlichen Fragen? Die Antwort ist leider klar. Solange der Bund wie heute nur untergeordnete Aufgaben erledigt, die auch ohne ihn geregelt werden können und geregelt worden wären, so ist jeder Pfennig schade, den der heute für näherliegende Bedürfnisse ausgepreßte Steuergelder für ihn aufbringen muß. Sollte dagegen der Völkerbund endlich aus seinem Schlaf erwachen, endlich einmal mutig an die Aufgaben der Zeit herantreten — aber kann er das noch und erlauben es seine Grenzen? —, so werden alle Völker ihm begeistert Millionen und Milliarden darbringen. Er würde keine Finanzsorgen mehr kennen, und die kleinen lebenswürdigen Schriftfräulein in Genf könnten ruhig wieder ihren Nachmittags Tee bekommen.

Aber wenn der Völkerbund von den Völkern Idealismus verlangt, so muß er zunächst selbst Idealismus zeigen. Begeisterung können nur Begeisterte werden. Heute erhardt er in Bureaucratie. Gibt er sich nicht bald einen Ruck, dann ist es vorbei; dann stirbt er an seiner eigenen Langeweile. (Wln. Jg.)

Neues vom Tage.

Verhaftung eines der Mörder Rathenaus.

Berlin, 29. Juni. Wie die T. N. schon von amtlicher Seite erfährt, ist der 21-jährige Student Ernst Werner Tschow, der einer der drei Mörder Rathenaus, heute vormittag in der Nähe von Frankfurt a. O. verhaftet worden. Tschow hat das Auto, von dem aus das Attentat ausgeführt wurde, gesteuert. Die Gerüchte, daß auch die beiden anderen Mörder verhaftet worden seien, bestätigen sich nicht.

Mitteilungen über die Verschwörung.

Berlin, 29. Juni. Oberregierungsrat Dr. Weiß, Chef der politischen Kriminalpolizei, äußerte sich zu einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ über die Gründe, die ihn zu der Preisgabe der Namen der Mörder Rathenaus veranlaßt haben. Dr. Weiß erklärte, daß ihm die Täter nicht erst seit gestern bekannt waren, daß er aber ihre Namen so lange geheim halten wollte, wie er mit der Möglichkeit rechnen konnte, die Mörder in Berlin zu verhaften. Erst heute, als die Nachforschungen nach den Attentätern ergaben, daß sie alle drei Berlin verlassen haben, entschloß er sich, ihre Namen der Öffentlichkeit preiszugeben. Nun rechnet er mit Rücksicht auf die Empörung, die die Morbtat in allen Kreisen der deutschen Bevölkerung verursacht, mit der regsten Beteiligung des Publikums an der Aufklärung des Verbrechens. Wenn auch sämtliche Grenzen für die Täter gesperrt sind, wenn auch ihre Erkennungszeichen auf allen Polizeistationen des Deutschen Reiches vorliegen, so ist es doch dringend erforderlich, daß das Publikum selbst mit auf die Mörder fahndet, um ihnen so auch die letzte Möglichkeit einer Flucht ins Ausland, auch die für ihre Freunde, die sämtlich der Organisation C angehören, zu nehmen. Auf diese Weise hofft man, auch das Unterschleusen der Mörder irgendwo auf dem platten Lande zu verhindern. Nicht zuletzt besteht die Möglichkeit, daß die Mörder, wenn sie sich derzeit in die Enge getrieben sehen, nach Berlin oder doch in die nähere Umgebung Berlins zurückkehren werden. Für diesen Fall sind von der politischen Polizei außerordentliche Maßnahmen getroffen worden. Jede Hilfe, die sie dann in Berlin von ihren Freunden erwarten, wird ihnen bestimmt nicht mehr zu teil werden, da diese sich zum größten Teil im Berliner Polizeigefängnis in sicherem Gewahrsam befinden. Sie alle können der mittelbaren oder unmittelbaren

teibaren Mitteldistanz bestraft werden. Schon im Laufe des heutigen Vormittags dürfte die Politische Polizei, so erklärte Oberregierungsrat Dr. Weiß noch, mit weiteren Enthüllungen, die für die Mitarbeit des Publikums von größter Wichtigkeit sind, vor die Öffentlichkeit treten. Im Zusammenhang über die Meldungen wurden auch interessante Einzelheiten über die zahlreichen Helfer der Mörder bekannt, von denen hier vorerst nur gesagt werden kann, daß für sie und für die Täter selbst große Geldsummen zur Flucht zur Verfügung standen. Diese Geldsummen waren von bekannten Persönlichkeiten zur Verfügung gestellt worden. Die Häden der Verschwörung ziehen sich weit über Berlin hinaus und reichen bis nach Süddeutschland, wo sie in dem Kreis einer Geheimorganisation zusammenlaufen.

Kunsthilfesignalment der Mörder Rathenaus.

Berlin, 29. Juni. Eine amtliche Mitteilung beschreibt die beiden noch nicht verhafteten Mörder Rathenaus wie folgt: Fischer, auch Vogel genannt, Spitzname: Becheur, Hermann, Höhe in Sachsen, auch Chemnitz, nicht älter als 25 Jahre, 1,75—1,78 Meter groß, hell blond, hohe Stirn, braune Augen, Gafennase, spitze Mund, glattes, schmales, aber gesundes Gesicht, schlankte Gestalt, sächsischer Mundart. Kleidung: Blauer, zweireihiger Sackanzug, gelbe Halbhose, gelber Regenmantel, weißer Halskragen, lange Krawatte. — Knauer, auch Koerner und Kern genannt, gleichfalls nicht älter als 25 Jahre, 1,73—1,75 Meter groß, hell blond, hohe Stirn, blaue Augen, Sattelnase, bartlos, solches Sinn, breites Gesicht, gebräunte, gesunde Gesichtsfarbe, kräftige, breitschultrige Gestalt, medienburgischer Dialekt. Kleidung: Blauer, zweireihiger Sackanzug, schwarze Stiefel, weißer Strickkragen, kleine schwarze Krawatte, Filzhut. Die Genannten gehören der Organisation C an.

Ein Mitverschwörer in Berlin verhaftet.

Berlin, 29. Juni. Die Abteilung I a des Berliner Polizeipräsidenten hat, wie die T. N. erfährt, den Leutnant der Reserve, W. Günther, verhaftet, dem nicht nur die Mitverschuldung, sondern auch die Beihilfe zum Mord an Rathenaus bereits nachgewiesen ist. Günther war bei den Vorbereitungen, die in einem Berliner Vororte stattfanden, anwesend. Er war auch den Tätern in jeder Weise beihilflich. Er hat die Autogarage ausfindig gemacht, in der das von auswärts kommende Auto, das bei dem Mord benutzt wurde, untergestellt werden konnte. In alle Einzelheiten der geplanten Tat war er genau eingeweiht. Im Besitz Günthers ist eine Reihe von Briefen gefunden worden, aus denen hervorgeht, daß Günther in gesellschaftlichen und politischen Beziehungen zu hervorragenden Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei gestanden hat. So wurden Briefe von Helfferich, Ludendorff, Jagow und Besenroth gefunden. Die Verhaftung Günthers und die Durchsuchung ist auf Veranlassung des Staatsministers für öffentliche Ordnung erfolgt.

Wiederverhaftung des Kapitänlieutenants v. Aillinger.

Berlin, 29. Juni. Wie die „D. Z.“ meldet, wurde gestern im Zusammenhang mit den Spuren, die auf Mitglieder der Organisation C hindeuten, und die zur Verhaftung des Bruders Tillessens und des Kapitänlieutenants Hoffmann führten, der Kapitänlieutenant Manfred von Aillinger in dem Dörfchen Prierow, wo er sich mit seiner Familie zur Erholung befand, wieder festgenommen worden.

Immer wieder die Sanktionsfrage.

Paris, 29. Juni. Im „Echo de Paris“ sagt heute Bertinaz, es sei kaum anzunehmen, daß Deutschland in der Ausführung der Sachleistungen Beweise eines besseren Willens ablegen werde, als bei der Barzahlung. Es werde sicherlich versuchen, auch diese Methode der Reparationszahlung ebenso zu sabotieren wie alle früheren. Hier immerhin, die Sachleistungen würden zum Bräuflein für die Loyalität der deut-

lichen Regierung werden und wenn diese wiederum versage, dann werde Frankreich ein Recht mehr zum Handeln haben. In den ersten Tagen des Juli werde das Garantiefomitee den Bericht über seine Verhandlungen in Berlin erstatten und zur gleichen Zeit werde wahrscheinlich die deutsche Regierung erklären, daß sie auferstande sei, die nächste am 15. Juli fällige Rate in Höhe von 50 Millionen Goldmark zu bezahlen. Neue Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen müßten alsdann beginnen, in denen die Frage der Sanktionen im Vordergrund stehen werde. Hierbei seien zwei Möglichkeiten gegeben. Zunächst werde sich die Reparationskommission darüber aussprechen müssen, ob von deutscher Seite ein vorläufiges Verschulden vorliegt. Falls deren Beantwortung bejahend aus, so werde Frankreich auf Grund der Paragraphen 17 und 18 Anhang 2 zum Teil 8 des Friedensvertrages das Recht haben, mit oder ohne die übrigen Verbündeten Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen. Andererseits aber muß man auch mit der Eventualität rechnen, daß sich in der Reparationskommission eine Mehrheit für die Feststellung einer vorläufigen Verletzung Deutschlands finde. In diesem Falle müsse sich Frankreich die Wahrung seiner Souveränität, das Recht zu direkten Aktionen, vorbehalten. Poincaré werde sich offensichtlich bei der heute beginnenden Reparationsdebatte über die französische Reparationspolitik über diesen heißen Punkt mit Bestimmtheit und Klarheit aussprechen.

Sächsischer Vorstoß gegen Dr. Geßler.

Treoden, 29. Juni. In einer gestern im Landtag durch den Minister des Innern, Lipinski, verlesenen Regierungserklärung nimmt die sächsische Regierung Stellung zum Mord an Rathenaus, den sie aufschärfte verurteilt. Sie wendet sich darin weiter gegen die Teilnahme von Abordnungen der Reichswehr an den Regimentsfeiern und erklärt es für geboten, durch einen Wechsel in der Person des Reichswehrministers die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß die Reichswehr ein Mittel zur Schutze der Republik wird.

Schwere Ausschreitungen in Halle.

Halle, 29. Juni. Am Dienstag fanden auf dem Marktplatz Trauerveranstaltungen für Rathenaus statt. Nach den Versammlungen zog eine tausendköpfige Menge vor das Polizeigebäude, um dort die Freilassung eines Arbeiters zu erzwingen, der vergangenen Sonntag nach einer Prügelei mit einem Mitglied des Bismarckbundes verhaftet worden war. Eine Debatte begab sich in das Gebäude und verhandelte mit dem Polizeikommissar, während die Menge gegen die Schupo Beamten vor dem Gebäude tätlich wurde. Schließlich konnten die Massen zum Marktplatz zurückgedrängt werden. Hier erhob sich ein neuer Sturm gegen die Beamten. Die Mannschaften wurden zu Boden geworfen und zum Teil entwischt, bis einige Schupo Beamte einige Schiffe abfeuerten und blatt jagten. Schließlich konnten sich die Beamten zur Hauptwache im roten Turm zurückziehen. Der Turm wurde eine Stunde lang von der Menge belagert. Am wurde der Arbeiter, dessen Freilassung man erzwingen wollte, aus der Haft entlassen und von der Menge auf den Schultern über den Marktplatz getragen.

Vor dem Abbruch der deutsch-spanischen Handelsvertrags-Verhandlungen.

Paris, 29. Juni. Wie das „Echo de Paris“ aus Madrid meldet, sollen sich die deutsch-spanischen Handelsvertrags-Verhandlungen außerordentlich schwierig gestalten, insbesondere wegen der Absicht der spanischen Regierung, die Einfuhr aus den valutastärkenden Ländern mit besonderen Zuschlägen zu belegen. Diese Maßnahmen, die sich in erster Linie gegen Deutschland richteten, seien Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen gewesen und drohen, die Verhandlungen völlig zum Scheitern zu bringen.

Die Wirtin 3. goldenen Lamm.

Kriminalroman von Otto Höder.

(56)

(Nachdruck verboten.)

„Ganz meine Meinung. Nun will ich aber doch noch eine Frage an Sie stellen, um dererwillen ich eigentlich hierhergekommen bin.“ Erläuternd wandte er sich an den Untersuchungsrichter. „Als Sie mich heute gegen Abend von Ihrem Entschluß unterrichteten, den braven Mehlig hier wieder verhaften zu lassen, begab ich mich ins „Goldene Lamm“ und wurde so Zeuge von der Festnahme des Mannes. Natürlich konnte das Vorkommnis nicht unbemerkt bleiben, es hätte vielmehr einen beträchtlichen Menschenauflauf zur Folge, und die bei dieser Gelegenheit laut gewordenen Redensarten enthielten wenig Schmeicheles für den Verhafteten hier.“

„Darauf pfeife ich, das ist mir ganz egal!“ rief Mehlig unter einem rohen Auflachen dazwischen.

„Hören Sie nur weiter, das Pfeifen dürfte Ihnen schon noch vergehen.“ lautete die gelassene Erwiderung des Amtsrates. „Da ich durch meinen langjährigen Aufenthalt hier im Städtchen jedermann bekannt bin, konnte es nicht wundernehmen, daß meine Gegenwart alsbald bemerkt und ich mit Bitten um Auskunftsbestürmt wurde. Unter den Anwesenden befand sich nun auch ein Milchfuhrmann, der sein Anwesen in der erst neuerdings bebauten Ludwigstraße hat.“ Er hielt inne, prüfend den Blick auf Mehlig gerichtet, schien dessen flüchtiges Zusammensucken aber nicht zu bemerken, sondern fuhr fort: „Zufällig wohnte in einem umseitigen entfernten Mietshaus auch der Fabrikbesitzer Schaible, der zukünftige Schwiegersohn unseres Mehlig — nun, warum verfahren Sie sich denn so?“ wandte er sich unvermerkt an diesen.

„Ach — nicht daß ich nicht...“ rorterte Mehlig.

„Der Milchmann setzte mich nun von einer Wahrnehmung in Kenntnis, die er in der kritischen Samstagnacht gemacht haben will. Da soll nämlich Stunden bei dem Mietshaus ein bespannter Schlitten gehalten haben. Mein Gewährsmann will ihn schon bemerkt haben, als er sich etwa um 7 Uhr zum Abendessen in die Nachbarschaft begab, und als er um halb 10 Uhr wieder nach Hause ging, stand der Schlitten immer noch dort. Der Mann dachte sich nichts Böses dabei, trat nur von ungefähr an das vor Ralte zitternde Tier heran, um es zu streicheln, schimpfte auch über die Pflichtvergessenheit des Kutschers — und nahm dabei wahr, daß das vorangefahrene Tier ein Brauner war, auch den Schlitten besaunte er sich.“

„Am Ende will er gar des Lammwirts Schlitten erkannt haben?“ höhnte Mehlig.

„Das will er allerdings, er hat sich vorher auf meine Bezeichnung hin den Schlitten in der Remise genau angesehen, und der kommt ihm nun recht bekannt vor. Mit anderen Worten also, Mehlig, Sie haben sich an jenem Samstagabend ewige Stunden bei Ihrem Schwiegersohn aufgehalten und sind von diesem zum „Goldenen Lamm“ gefahren, um uns die Komödie vorzuspielen. Räumen Sie das ein?“

„Wir werden wohl noch heute abend Aufschluß erhalten.“ fuhr Martini fort, „einer meiner zuverlässigen Leute hat sich in meinem Auftrag nach dem Mietshaus begeben, um sich zu erkundigen. Zugleich habe ich auch Tochter als auch deren Bräutigam auf Schritt und einige Polizisten in Zivil beauftragt, sowohl Mehligs Tritt zu beobachten. Sofort nach Mehligs Verhaftung haben sich in unmittelbarer Aufeinanderfolge der Bräutigam und das Mädchen aus der Wohnung entfernt.“

Ein Klopfen an der Tür unterbrach ihn. Auf sein Herein trat der Kriminalschulmann Steffens in das Zimmer.

„Nun, da werden wir wohl unverhofft schnell Aufschluß erhalten.“ rief der Amtsrat interessiert. „Was

bringen Sie?“

„In Ihrem Auftrag, Herr Amtsrat, folgte ich der Sanna Wehlig, sie begab sich in rascher Ganganach der Ludwigstraße und trat dort in das von ihrem Verlobten bewohnte Mietshaus ein. An der Tür traf ich mit dem Kollegen Müller zusammen, der dem Schloffer Schaible nachgegangen war. Dieser hatte das Haus erst wenige Minuten zuvor betreten. Wir stellten uns verdeckt auf. Es dauerte nicht lange, so kam die Wehlig wieder zum Vorschein. In augenscheinlich großer Erregung ging sie so schnell wie möglich nach dem Bahnhof. Dort warf sie einen Brief in den auf dem Bahnsteig angebrachten Kasten. Ich wußte mich ihr nahe genug zu halten, um erkennen zu können, daß es sich um ein gewöhnliches Briefkästchen handelte, dessen Adresse mit Bleistift geschrieben war. Außerdem war keine Marke ausgeklebt. Ich beauftragte den am Bahnhof dienstuenden Kollegen Zimmer mit der weiteren Beobachtung der Person und setzte mich mit dem Bahnhofsvorstand in Verbindung. In er mich persönlich kennt und ich ihm auch sagte, daß ich in Ihrem Auftrag handelte, kam er meinem Wunsch entgegen und leerte den Briefkasten. Es waren nur wenige Briefe darin, darunter nur ein unfrankiertes und mit Bleistift adressierter. Dieser mußte es allerdings sein. Die Adresse lautet hauptpostlagernd Konstant Wilhelm Schaible. Den Brief selbst konnte er mir natürlich nicht ausliefern, da dies gegen seine Instruktion ist. Er versprach jedoch, seine Beförderung zu verzögern, der nächste Zug in der Richtung nach Konstant geht ohnehin erst in zwei Stunden, so daß eine gerichtliche Beschlagnahme noch rechtzeitig erfolgen konnte.“

„Ich werde sie sofort verfügen.“ entschied der Untersuchungsrichter. „Rehmen Sie die Beobachtung der Wehlig persönlich wieder auf.“ befahl er dem Schulmann. „Sie scheitern zu deren Festnahme, sollte sie die Stadt verlassen wollen.“

Fortsetzung folgt.



Die Konferenz der Ministerpräsidenten.

22. Weills, 30. Juni. In der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder mit der Reichsregierung, die gestern Nachmittag stattgefunden hat, sprach sich die Mehrheit der erschienenen Ländervertreter für eine gesetzliche Fassung der zum Teil durch die Verordnung des Reichspräsidenten gesetzelten Bestimmungen zum Schutze der Republik aus. Ferner erklärte sich die Mehrheit bereit, im Reichsrat auf die geschäftsvorbereitungsmäßige Frist zu verzichten, die für die Behandlung von Gesetzentwürfen vorgesehen ist und sofort in eine Beratung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik einzutreten. Es ist demgemäß zu erwarten, daß der Gesetzentwurf schon anfangs nächster Woche dem Reichstag zugehen wird. Die Beratungen mit den Ministerpräsidenten der Länder werden heute fortgesetzt.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 30. Juni 1922.

Die Meisterprüfung an der Handwerkskammer Stuttgart hat u. a. bestanden: Fritz Weigle, Schneider von Simmersfeld.

Änderungen im Eisenbahnverkehr. Auf 1. Juli 1922 treten folgende wichtige Änderungen im Eisenbahnpersonenverkehr ein: Für das gesamte Netz der Deutschen Reichsbahn werden Reichsbahn-Reisarten für 30 und 45 Tage ausgegeben. Arbeiterreiserfahrkarten werden während der Dauer der Wohnungsnot auf Entfernungen bis 150 Km. in Ausnahmefällen mit Genehmigung der Eisenbahn-Generaldirektion bis 250 Km. ausgeben, an die gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen (Beamte, Angehörige der Reichswehr, Angehörige und Arbeiter) sowie an Beamtenanwärter, Lehrlinge u. a. zur Berufsausbildung beschäftigten Personen und zwar an: Verheiratete zur Fahrt zwischen dem Arbeitsort und dem Wohnort des Ehegatten. Verwitwete und Geschiedene zur Fahrt zwischen dem Arbeitsort und dem Ort, wo sie mit ihren unverheirateten Kindern einen gemeinsamen Haushalt führen. Unverheiratete zur Fahrt zwischen dem Arbeitsort und dem Wohnort der Eltern. Elternlose unter 21 Jahren erhalten die Karten nach dem Wohnort der Erzieher. Für Binnenschiffer werden in Berücksichtigung der Eigenart dieses Berufs besondere Arbeiterkarten ausgegeben. Auf Sonntagsreiserfahrkarten ist der Übergang von der 4. Klasse in die 3. Klasse nicht mehr statthaft. Wer über die Zielstation seiner Sonntagsreiserfahrkarte hinausfährt und sich unangefordert meldet, hat einen Zuschlag von 5 Mk. zu dem tarifmäßigen Preis, jedoch nicht mehr als das Doppelte dieses Preises zu zahlen. Wer die rechtzeitige Meldung unterläßt, hat den doppelten Fahrpreis für die ohne Fahrkarte gefahrenen Strecke, mindestens aber den Betrag von 20 Mk. zu entrichten. Nähere Auskunft erteilen die Anstaltsstellen und Fahrkartenausgaben.

Heuschnupfen. Der Heuschnupfen ist eine jener Sommerkrankheiten, von denen so viele befallen werden und über die man keineswegs spotten sollte, weil sie wirklich nicht ganz ungefährlich ist. Der Blütenstaub gewisser Gräser ist es, der den Heuschnupfen, das gefährlichste Heusieber, auch Heuschnupfen oder Sommerkatarrh genannt, verursacht. Dieser „Pestische“ Katarrh der Nase und der oberen Luftwege gibt an Hartnäckigkeit dem durch Erkältung entstehenden Winterkatarrh nichts nach. Als Mittel gegen das Heusieber sind rasche Luftveränderung, neuerdings auch Impfungen mit Heusieberserum (Vollant) und Massage der dazu unempfindlich zu machenden Nasenschleimhaut zu nennen. Am wirksamsten hat sich noch immer die Luftveränderung, also das Ausweichen vor der gefährlichen Zeit der Heuernte, gezeigt.

Heberwacht die Heusäcke. Alljährlich hört man, daß diesem oder jenem Landwirt infolge Selbstentzündung des Heus das Gehöft abgebrannt ist. Es ist erwiesen, daß die Gefahr des Selbstentzündens umso größer ist, je mehr Heu in kurzer Zeit auf den Stock kommt oder wenn das Heu in nicht ganz einwandfreiem trockenem Zustand eingebracht werden muß. Auch kommt es vor, daß sich der Stock zwar nicht selbst entzündet, aber infolge der starken Gärungshitze im Heustock das Heu gebrannt wird oder verfault. Durch zweckmäßige Anlegung des Heustocks, durch Einlagen von Strohbündeln und durch Einstreuen von Viehsalz in stark verregnetes Futter kann die Gefahr bedeutend vermindert werden. Trotz dieser Vorkehrungsmaßregeln ist aber der Landwirt nie ganz sicher, ob der Heustock sich nicht zu stark erhitzt. Ein sicheres Mittel, um die Temperatur des Heustocks zu ermitteln und ihn unter beständiger Kontrolle zu halten, ist die Anwendung des Heustockthermometers.

Agold, 29. Juni. (Vom Seminar.) Gestern wurde im Beisein der Lehrer der neuhergerichtete, 80 Meter lange und 50 Meter breite Spiel- und Sportplatz hinter dem Beamtenwohngebäude feierlich eingeweiht durch Chorgesänge der Seminaristen und Spiele der Turnvereinigungen.

Freudenstadt, 29. Juni. (Vom Rathaus.) In seiner letzten Sitzung, in welcher der Felderpaacht auf der Tagesordnung stand, fand ein Antrag der Sozialdemokratie Annahme, welcher besagt: Wegen alle hiesigen Grasfelderbesitzer, die Heu oder Oehmd zu verkaufen oder Grasfeld zu verpachten haben und ersteres wie letzteres nicht an hiesige Rohhalter nach den in der amtlichen Bekanntmachung erfolgten Richtpreisen verkaufen oder verpachten oder der Stadtgemeinde zur Eindeckung des Farrenstalls zur Verfügung stellen, ist mit folgenden Maßnahmen einzuschreiten: 1. Ausschluß aus der städt. Milchversorgung, sofern es sich um Verbraucher handelt; 2. Ausschluß von der städt. Brennholzversorgung; 3. Ausschluß vom Bezug von Koks aus dem städt. Gaswerk; 4. Nichtbenutzung des städt. Farrenstalls; 5. Nichtbenutzung des städt. Dreschmaschinenstappens; 6. Ausschluß von sämtlichen städt. sozialen und Wohlfahrtseinrichtungen; 7. Soweit es sich um wucherische Preisforderungen handelt, Weitergabe an das Wuchergericht und öffentliche Bekanntmachung der Namen. — Das Laudaxlehen für die hiesigen Baukasten wurde den Zeitverhältnissen entsprechend von 20 000 Mk. auf 40 000 Mk. vorläufiglich zu 3 Prozent erhöht.

Stuttgart, 29. Juni. (Trauerkundgebung für Rathenau.) Im Sieglehaus fand am Mittwochabend eine große Trauerkundgebung für Rathenau statt, zu der die D. B., D. V. P., Soz. und Zentrum eingeladen hatten. Abg. Hausmann (D. B.) sprach Begrüßungsworte, wies auf die Gemeinsamkeit des Jählens und Empfindens hin und zeigte in kurzen Strichen Person und Werk des Ermordeten. Johannes Fischer feierte Rathenau als eine Persönlichkeit großen Formats und erhob Anklage gegen die Regierung und Parlamente der Entente als die Hauptschuldigen auch an diesem Unglück. Er schloß mit einem Appell zu politischer Mitarbeit und Verantwortlichkeit. Oberbürgermeister Beyerle gab der tiefen Abscheu und der Trauer um den Ermordeten Ausdruck, betonte, daß gewisse Gruppen des deutschen Volkes daran mitschuldig sind. Es wäre vieles besser, wenn das Gefühl der Volksgemeinschaft stärker, die Staatsgefömmung besser ausgeprägt wäre. Notwendig seien die Maßnahmen zum Schutze der Verfassung, ebenso deutliche Töne zu den erwählten Führern des Volkes. Abg. Bides (D. V.) wies darauf hin, daß die Deutsche Volkspartei nicht immer den Weg Rathenaus für richtig gehalten habe, ihm aber, nie die Ehrlichkeit seines Willens bestritt. Mit Nordstaaten werde nichts gebessert und von vergangenem nichts zu neuem Leben erweckt. Auf dem Boden der Verfassung müssen sich alle zusammenschließen. Die Ausnahmebestimmungen der Regierung müssen gegen alle, ob rechts oder links, angewendet werden. Arbeitsminister Reil betonte im Schlußwort, daß sich jeder mit der Tatsache abfinden müsse, daß die Monarchie verschwunden ist. Man dürfe aber nicht auf der Lauer liegen, um die Republik im geeigneten Augenblick zu überfallen. Man müsse sich ehrlich zum neuen Staat bekennen. Die Augen der Arbeiter als der Träger des neuen Staatsgedankens seien auf die Regierung gerichtet und ihr Verhalten. Wie der Schutz den Vertretern der Republik gewährt werde, so sehe es auch um den Schutz des Staatsgedankens in der Arbeiterschaft.

Stuttgart, 29. Juni. (Aus der D. B. P.) Die Feier der D. B. P. zu Ehren des 60jährigen Staatspräsidenten findet nun am 4. Juli abends statt.

Ausbau der Mineralbäder. In einer Versammlung der Bürgervereine der unteren Stadt wurde von der Mineralbad Berg- u. G. mitgeteilt, daß der Aufsichtsrat dieser Gesellschaft beabsichtigt habe, mit Hilfe ausländischer Kapitalien das geplante Bad großzügig auszubauen. In England soll eine Schwefelgesellschaft gegründet werden, die 220 Millionen Mark aufbringen wird. Sachverständige Professoren und Architekten, die das Projekt bearbeiten, sprachen sich sehr hoffnungsvoll über die Pläne aus. Die Referenten waren aus Jena, Berlin. In einer Entschließung wird die Unterstützung der staatlichen und städtischen Behörden gefordert.

Neues Schnellzugspaar. Vom 1. Juli an werden während der Hauptreisezeit die Schnellzüge D 156 a und D 159 a eingelegt mit folgendem Fahrplan: D 156 a Köln ab 8.40 vorm., Frankfurt-Darmstadt-Heidelberg-Bruchsal-Stuttgart an 4.48, ab 4.54 Uhr, Ulm an 6.59 Uhr nachm.; D 159 a: Ulm ab 10.35 vorm., Stuttgart an 12.35, ab 12.41, Bruchsal-Heidelberg-Darmstadt-Frankfurt-Köln an 8.54 Uhr nachm.

Canstatt, 29. Juni. (Wählung.) Auf dem Canstatter Wafen wurde der 60jährige Kaufmann E. Model von Bernsbach wegen Sittlichkeitsverbrechen an Kindern festgenommen. Er erschien dort als Radfahrer, nahm Mädchen von 4-6 Jahren zu sich aufs Rad, verging sich in unsittlicher Weise und verbrachte sie dann vor die Wohnung der Eltern.

Notweil, 29. Juni. (Jannungsgründung.) Unter Leitung von Ammann Abrell vom Oberamt und in Anwesenheit eines Vertreters der Handelskammer Reutlingen wurde die Freie Konditionen-Jannung für die Oberämter Sulz, Oberndorf (ohne Schramberg und Alpirsbach), Notweil, Spanglingen und Tübingen gegründet. Als Obermeister wurde Hr. Lehre-Notweil gewählt.

Gonhardt, 29. Juni. (Mord und Selbstmord.) Im Zustand geistiger Annäherung hat sich die 43 Jahre alte Ehefrau Marie Beck, die vor 2 Jahren schon einige Wochen in der Anstalt in Weinsberg untergebracht war, während der Abwesenheit ihres Mannes ihr einziges Kind, einen 5jährigen Knaben, erdürgt und dann Selbstmord durch Erhängen begangen.

Kurze Chronik.

In Haigerloch erbrachen unbekannte Täter mit einem eisernen Grabkreuz den Opferstock auf dem Friedhof. Viel Bargeld fiel ihnen nicht in die Hand. Für Ermittlung der Täter sind 300 Mark Belohnung ausgesetzt.

Nachts wurde in Tettnang im Kaufhaus Speth ein Schaufenster eingeschlagen und aus der Auslage 24 weisse Herrenhemden gestohlen. Im benachbarten „Sternen“ war man erwacht, aber der Dieb entkam unerkannt.

Das erste Opfer der Berge ist in diesem Jahr der verheiratete Kaufmann Karl Lange aus Worms, der von der Kempener Straße den Weg zum Luisenpark machen wollte, dort aber nicht ankam. Eine ausgesandte Rettungsexpedition fand ihn heute am Fuße des Kautsch. Der Abstieg erfolgte ca. 200 Meter und muß den sofortigen Tod zur Folge gehabt haben.

Vermischtes.

Nach zwei Jahren Zuchthaus — freigesprochen. Der Landwirt Johann Globig war vom Potsdamer Schwurgericht 1920 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er in dem Verdacht stand, um seinen Bruder von einer Alimentationslast zu befreien, einen Weineid geleistet zu haben. Die Bemühungen seines Bruders hatten den Erfolg, daß jetzt, nachdem Globig schon zwei Jahre seiner Zuchthausstrafe verbüßt hat, die Angelegenheit vor den Geschworenen erneut aufgerollt wurde. Nach einstündiger Beratung verneinten in 11. Abendstunde die Geschworenen die Schuldfrage, so daß das Gericht auf Freisprechung erkennen mußte. Dito Globig wurde unter dem Jubel seiner Angehörigen sofort aus der Haft entlassen.

Vergiftete Bowle. Vor einigen Jahren heiratete ein junger Mann, der sich Robert Huber nannte und an der Münchener Universität studiert, in eine angesehene und vermögende Familie. Bald darauf starben sein Schwiegervater, seine Schwiegermutter und eine Schwägerin unter verdächtigen Umständen zu gleicher Zeit an Kollera. Da man einen Mord durch absichtliche Infektion argwöhnte, wurde gegen den jungen Chemann Untersuchung eingeleitet, die jedoch mangels Beweises ergebnislos verlief. Dieser Tage unternahm Huber mit einem befreundeten Fabrikbesitzer und dessen Gattin eine Automobilfahrt an einen der bayerischen Seen. Dort bereitete er eine Bowle, nach deren Genuß das Ehepaar benüßlos wurde und schwer krank in ein Krankenhaus geschafft werden mußte. Als der Fabrikbesitzer dort wieder zu sich kam, stellte er fest, daß die Juwelen seiner Frau im Wert von 1 Million Mk. fehlten. Da nach Lage der Dinge nur Huber als Dieb in Frage kommen konnte, wurde er verhaftet. Er hat den Diebstahl eingestanden. Darüber hinaus läuft jetzt gegen ihn eine Untersuchung wegen versuchten Mordes.

Die Eisenbahn als Vogelfreundin. Im „Naturklub“ spricht Rudolf Hermann von den engen Beziehungen, die zwischen Eisenbahn und Vogelschutz bestehen. Die Bögel haben bei dem fortschreitenden Mangel an natürlichen Nistgelegenheiten die Bahnhofsanlagen als eine günstige Wohnstätte erkannt, und die Erfahrung hat sie gelehrt, daß ihnen weder von dem Eisenbahnbetriebe noch von den Eisenbahngestellten Gefahren drohen, wie sie solche im offenen Gelände weit mehr zu fürchten haben. Es sind nicht nur die Bahnhöfe und ihre Gartenanlagen, sondern auch die Bahnhöfe, in denen günstige Bedingungen für das Nisten der Bögel vorhanden sind. Die Eisenbahnverwaltung hat sich selbst in den Dienst des Vogelschutzes gestellt und ganz bestimmte Anordnungen erlassen, nach denen lebende Hecken ausnahmslos innerhalb der Monate November bis Januar zurückgeschnitten, alljährlich Nisthöhlen für Bögel beschafft und am zweckmäßigsten im November aufgehängt werden. Weiter sollen zum Schutze der Bögel an Stellen, die sich nicht zu Obstbaumpflanzungen eignen, Laub- und Nadelbäume in Baum- und Strauchform, Pflaumen, Weiß- und Nardornhecken angelegt werden, um den Bögeln Unterschlupf und Nistgelegenheit zu gewähren. Da bei den Bepflanzungen der Bahnhöfe und Geländestücke auch auf den Anbau honigsaugender Pflanzen hingewirkt wird, so entwickelt sich an diesen Stellen ein reiches Insektenleben, und das kommt der Vogelwelt zugute. Schließlich wird auch in der Nähe von Brunnen und Quellen durch Anbringung flacher Behälter aus Zement an der Erde und sogar für Winterfütterung an den Eisenbahnstrecken gesorgt, und deshalb fühlen sich die Bögel im Schutze der Eisenbahn recht wohl.

Handel und Verkehr.

Dollar Kurs am 29. Juni 374.03 Mark.

Stuttgarter Börse, 29. Juni. Die politische Unsicherheit, insbesondere die drohende Reichstagsauflösung, brachte auch hier eine Unruhe in die Börse, welche deshalb als leicht abgeschwächt anzusprechen ist. Der Fremdenverkehr war ziemlich ruhig. Bankaktien bei kleinen Umsätzen ungefähr wie gestern.

Stuttgart, 29. Juni. Dem heutigen Schlachtviehmarkt waren zugetrieben: 58 Ochsen, 23 Bullen, 160 Jungbullen, 145 Jungrinder, 205 Kühe, 332 Kälber, 940 Schweine und 40 Schafe, die sämtlich verkauft wurden. Erlöste wurde aus 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 2850-3200, zweite 2400-2650, Bullen erste 2900-3100, zweite 2250-2700, Jungrinder erste 3100-3300, zweite 2650-2950, dritte 2250-2550, Kühe erste 2100-2500, zweite 1500 bis 2000, dritte 1000-1400, Kälber erste 3500-3700, zweite 3200-3400, dritte 2800-3000, Schweine erste 5400-5500, zweite 5000-5300, dritte 4400-4900 Mk. Verkauf des Marktes: belebt.

Teure Schafe. In der Auktion der Merinoschafschäbde zu Strohwalde bei Gräfenhainichen (Kreis Bitterfeld) erzielte der teuerste Woll einen Kaufpreis von 332 000 Mk. Der zweitteuerste Woll wurde mit 316 000 Mk. und der dritte mit 297 000 Mk. bezahlt. Insgesamt wurden 3,9 Mill. Mk. für 96 Schäbde gezahlt.

Dorshau, 26. Juni. Die Stadt hat von 970 Festmetern Langholz, welche dieses Jahr im Stadtwald angefallen sind, 640 Festm. um 537 000 Mk. verkauft; an hiesige Bürger wurden 108 Festm. um 187 000 Mk. versteigert. Um 122 000 Mk. wurden 210 Festm. an Bauende hier abgegeben.

Keinen Augenblick

sollten Sie sich besinnen, unsere Zeitung für das bevorstehende Quartal zu bestellen, denn erstens benötigen Sie eine Zeitung und zweitens können Sie keine billigere Tageszeitung beziehen als die Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den Cannen.

Letzte Nachrichten.

Die Vernehmung Tschow's. — Weitere Spuren.
 WTB. Berlin, 30. Juni. Wie die Blätter über die Vernehmung des Studenten Tschow mitteilen, leugnete der Verhaftete anfänglich jede Beteiligung an der Tat. Erst als seine in Schutzhaft befindliche greise Mutter ihm gegenübergestellt wurde, gelang es, aus dem Sohn ein Geständnis herauszubringen. Jene Angabe über die beiden anderen Täter zu machen, weigerte sich Tschow bisher hartnäckig. Bis zur Stunde liegen in Berlin aber immer noch keine Nachrichten von den Beamten vor, die sich auf der Verfolgung der beiden entflohenen Mörder Vogel u. Kanauer befinden. Alle Anzeichen sprechen aber dafür, daß die Fahndungsbeamten den Tätern nicht auf dem Fuße stehen.

Wie der „Vorwärts“ meldet, soll der in Berlin verhaftete Student Willi Günther, der an den Vorbereitungen zur Ermordung Rathenaus beteiligt war, Privatsekretär des Generals Ludendorff gewesen sein. Ferner soll er, wie das Blatt mitteilt, Mitarbeiter an der „Deutschen Tageszeitung“ gewesen sein. Günther stehe ebenfalls im Verdacht, seine Hand bei der Ermordung Erzbergers im Spiel gehabt zu haben.

Die Blätter geben eine Meldung der „Düsseldorfer Nach-

richten“ wieder, nach der gestern der bei den Böhmischen Werken in Düsseldorf-Oberkassel angestellte Ingenieur Kamery unter dem Verdacht der Mithäterchaft bei der Ermordung Rathenaus verhaftet worden sei. Kamery soll der Täter sein, der unter dem Namen Kanauer gesucht wird. Er ist am Montag nicht in Düsseldorf gewesen. Als die Fahndung nach einem gewissen Kanauer bekannt geworden war, soll er geküpert haben: Jetzt ist es Zeit, daß ich verschwinde. Auf diese Aeußerung hin wurde er dann von Kriminalbeamten verhaftet. Auch in Hirschberg i. Schl. ist ein Jng.-Glebe von Nagdorf unter dem Verdacht der Täterschaft bei der Ermordung Rathenaus verhaftet worden. Nagdorf, der Mitglied der Organisation „Rothbach“ ist, war am Freitag Abend nach Berlin gefahren, und am Sonntag von dort wieder zurückgekehrt.

WTB. Berlin, 29. Juni. Ueber die Persönlichkeit des verhafteten Tschow erklärt die „S. B. am Mittag“, daß er der zweite Sohn des verstorbenen Berliner Magistratsrats Tschow ist. Er hat noch 2 Brüder, von denen der älteste Bankbeamter, der jüngste ein 16 jähriger Mittelschüler ist. — Ueber die Infazitäten des Tschow erzählt das gleiche Blatt, daß er am Sonntag Abend mit dem D-Zug nach Halle gefahren ist und dort bei Freunden Unterkunft gefunden hat. Am Montag Abend fuhr er von Halle

nach Frankfurt/Oder, wo er von Polizeibeamten aufgefaßt wurde, die erfahren haben, daß er sich bei seinem Onkel auf einem Rittergut in der Nähe der Stadt aufhalte. Das Gut wurde umstellt. Tschow versuchte bei seiner Verhaftung Gegenwehr zu leisten, ergab sich aber bald der Uebermacht. Er leugnet die Beteiligung an der Tat.

Eine Verköndigung bezüglich der Getreidenulage.

WTB. Berlin, 30. Juni. Wie mehrere Blätter mitteilen, haben gestern Besprechungen des Reichskanzlers und des Reichsernährungsministers mit den Führern der Koalitionsparteien über die Frage der Getreidenulage die Möglichkeit einer Verköndigung gezeigt.

Laut „Berliner Tageblatt“ sei man überwiegend der Anschauung, daß eine Reichstagsauflösung in diesem Augenblick unverantwortlich sei.

Wetter.

Der Niederdruck vom Norden gewinnt an Ausdehnung. Für Samstag und Sonntag ist gewitterschwüles, zum Teil heiteres, dann aber regnerisches Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Nieker'schen Buchdruckerei Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Bezirks-Krieger-Verband Nagold.



Bezirks-Kriegertag!

Der Bez.-Krieger-Verband Nagold hält am
Sonntag, den 2. Juli ds. Js.
 in Altensteig

seinen Bezirkskriegertag, verbunden mit 50jähr. Jubiläum des dortigen Krieger-Vereins ab.

Anlässlich dieser Feier findet gleichzeitig ein **Blumentag** für Unterstützungszwecke der dem Würtbg. Kriegerbund gehörigen Kriegererholungsheime „Niedernau und Herrenalb“, sowie für die Unterstützungskasse der Kriegerwitwen u. Waisen, statt.

Programm:

- 10 Uhr Vorstandsversammlung im Lokal Hotel z. Grünen Baum.
- 12 „ Mittagessen in den Lokalen.
- 1¹ „ Aufstellung des Festzuges.
- 2 „ Festzug durch die Stadt auf den Festplatz unter den Eichen. Näheres im ausgegebenen Programm.
- 8 „ Festbankett im Lokal Hotel z. Grünen Baum.

Zu diesem Fest, das seit 1914 wieder unser erstes ist, wird Jedermann von Nah und Fern und zur Beteiligung an unserem zu Wohlfahrtszwecken dienenden Blumentag recht herzlich eingeladen und bitten um reichen Zuspruch. Da der in Aussicht genommene Sonderzug abgelehnt wurde, muß der fahrplanm. Pers.-Zug 12.49 Uhr ab Hauptbahnhof 9 Min. früher) benützt werden.

Ziegler
 Bez.-Obmann.

Verkauf von Fichten und Tannen-Bauholz.

Abteilungen 3, 28, 29, 35, 36, 40, 67, 68, Schifferwalder kommen Stämme III.—VI. Kl., sowie Abschnitte I.—III. Kl. und Rälpen auf 1675 Fm in 10 Bosen zum Verkauf.

Schriftliche Angebote in Prozenten der Landesgrundpreise wollen spätestens bis zum 14. Juli d. J., abends 5 Uhr beim **Forstamt Forbach II** eingereicht werden.

Nähere Auskunft und Losverzeichnisse durch das

Forstamt

Mitesser

Pickel und andere Hautkrankheiten
 schnell und sicher
Cefigol
 Mit verlässiger Original-Broschüre.

Zu haben:

Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41
 und Filiale Simmersfeld



**Turnverein
 Altensteig.**
 Gut Heil!
 Morgen Samstag Abend
 7,9 Uhr
Monats-Versammlung
 im Lokal.

Heimarbeit.

Wer finiert Taschen und Böden in tabelloser Ausführung.

Angebote unter U. Z. 55 an die Geschäftsstelle des Bl.

Violin-Saiten

sowie

Mandolin-Saiten

sind in la. Qualität zu haben in der

W. Nieker'schen Buchh.

Fichtenpapierholz.

1 u. 2 m lg., gesunde, handelsübli. Ware, gereppelt, 8—24 cm Kopf, jede Menge zu kauf. ges. Gef. Angebote an **Adolf Kreis & Co., G.m.b.H., Doybbg., Tübingen, Tel. 684.**

Kammerjäger Riebitz

Ist gegenwärtig in Altensteig u. Umg. u. vertilgt radikal unter einjähr. schriftl. Garantie Käten, Mäuse, Wanzen, Schwaben usw. Wirkung nachweislich innerhalb 24 Stunden. Jeder Auftraggeber erhält einen Garantieschein. Bestellungen werden noch in der Geschäftsstelle des Bl. angenommen.

Altensteig.
 Feilsch einarteffen ist eine schöne Auswahl



Kinder- und Hand-Leiterwagen

in bester Ausführung zu noch billigen Preisen bei

Fritz Bäh jr.

Zur Schultheißenwahl in Spielberg!

Als geeigneten Ortsvorsteher empfehlen wir

Karl Schäfer

und bitten unsere Mitbürger, diesem ihre Stimme zu geben.

Mehrere Wähler.

Egenhausen.
 Prima Simburger- u.
 feinsten Emmentaler-

Käse

ist fortwährend zu haben bei

J. Kattenbach.

Ettmannsweiler.
Das Sammeln von Beeren
 jeder Art
 in den hiesigen Gemeinde- und Privatwaldungen ist für
 Auswärtige bei Strafe
verboten.
 Gemeinderat.

Simmersfeld.
 Habe mich in Simmersfeld als
prakt. Arzt
 niedergelassen.
Dr. med. Karl Merkle.
 Telefon Nr. 4.
 Sprechstunden von vormittags 11 Uhr
 bis nachmittags 1 Uhr.

Jüngere Arbeiterinnen
 für unsere Verfilberei
 auf sofort oder später gesucht
Eng & Weiß G. m. b. H.
 Filiale Altensteig.

Spielberg.
Wahlvorschlag
zur Schultheißenwahl!
 Mitbürger, tretet am Sonntag geschlossen an die Wahlurne. Wählt einen Mann, der die Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt, einer Gemeinde vorzustehen. Durch einen Fremden wird die Gemeinde finanziell zu stark belastet, wählt daher einstimmig
G.R. Gottlob Burghardt.
 Viele Wähler.